

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 4. Dezember 2019 / Mercredi matin, 4 décembre 2019

Gesundheits- und Fürsorgedirektion / Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale

64 2019.RRGR.78 Motion 060-2019 Seiler (Trubschachen, Grüne)
Arbeitserfahrung in sozialen Einrichtungen aufwerten

64 2019.RRGR.78 Motion 060-2019 Seiler (Trubschachen, Les Verts)
Revaloriser l'expérience des collaborateurs et collaboratrices des institutions sociales

Der Vizepräsident, Stefan Costa, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Stefan Costa prend la direction des délibérations.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Traktandum 64, eine Motion von Grossrat Michel Seiler: «Arbeitserfahrung in sozialen Einrichtungen aufwerten». Ich gebe dem Motionär das Wort.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Ich bin Heimleiter des Berghofs Stärenegg. Wir haben ungefähr einen Drittel Kinder und Jugendliche mit einer Autismus-Diagnose. Fachpersonen und Psychiatrien sind überzeugt, dass sie bei uns einen guten Platz haben. Arbeitserfahrung in sozialen Einrichtungen aufwerten, das will dieser Vorstoss. Eltern, Heimleiter, Beistände, Fachärzte, Jugendrichter, Sozialdienste und viele mehr haben es schon lange eingesehen: Weil immer mehr Kinder und Jugendliche das System der Sozial- und Bildungsinstitutionen sprengen, und so viele Einrichtungen trotz professionellem Personal an die oberste Grenze kommen, braucht es dringend eine Öffnung und einen Anerkennungsweg für Quereinsteiger in der sozialpädagogischen Arbeit. Es braucht für die unterschiedlichsten Betreuten mehr Auswahl an Betreuenden mit unterschiedlichen Biografien, Qualifikationen, Berufserfahrung, Persönlichkeitsbildung und Ausbildungsweg. Dieser Vorstoss will diese Möglichkeit schaffen, indem er genügend Arbeitserfahrung im Sozialen für Aufgaben des Staates gleichwertig anerkennen will. Es ist keine Herabsetzung der bestehenden sozialpädagogischen Ausbildung, sondern eine dringend nötige komplementäre Ergänzung. Hilfesuchende Menschen, und die gibt es immer mehr, brauchen die fähigsten Begleiter und Bezugspersonen. Sie brauchen eine Auswahl. Das können Sozialpädagogen aus einer Fach- oder Hochschule sein, aber es können auch Quereinsteiger sein, die im Praktischen den Tatbeweis erbringen. Wir wollen ja neu mit der Subjektsubventionierung die sozialen Angebote freier wählen können. Diese Angebote müssen sich schnell auf die Nachfrage hier und jetzt entwickeln können. Der Vorstoss will die Diversität der sozial Tätigen vermehren. Ich kann nicht verstehen, weshalb Diversität jetzt plötzlich links Angst macht. Ich wandle diese Motion in ein Postulat.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Diese Motion ist gewandelt. Wir sprechen ab jetzt über ein Postulat. Als Erstes, für die GIp-Fraktion, Grossrätin Barbara Mühlheim.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Auch für die GIp-Fraktion ist klar, dass wir die gewandelte Motion jetzt als Postulat unterstützen. Warum? – Es geht nicht um die Aushöhlung einer Berufsgattung oder eines ganzen Berufsfelds, dass man weniger Qualität hat, sondern es geht um neueste Herausforderungen. Als Beispiel: Gestern haben wir ausführlich über das Thema Migration diskutiert. In der Zwischenzeit ist klar, dass, wenn es um Familien geht, die – ich sage jetzt einmal – mit den Kindern oder Jugendlichen Schwierigkeiten haben, es unter Umständen viel sinnvoller ist, dass man mit gut integrierten Leuten aus derselben Ethnie arbeitet. Diese haben aber nicht alle Sozialpädagogik-Ausbildungen. Also, Sie finden weniger Eritreerinnen und Eritreer in der Sozialpädagogik. Sie finden aber vielleicht solche, die Lehrer waren und schon vor zehn Jahren geflüchtet sind. In diesem Bereich gibt es ganz spannende Familienbegleitungsprojekte des Roten Kreuzes, die jetzt mit sehr vielen Aufträgen überhäuft werden. Es ist von daher sinnvoll, diesen Prüfungsauftrag an die GEF zu geben, sodass wir eben eine breitere Palette von Leuten haben, die unterschiedlichste Erfahrungen haben, um andere Familien zu stützen, sodass das möglich wird. Von daher bitte ich

Sie doch, ein Postulat zu unterstützen. Es ist ein Prüfungsauftrag. Es geht nicht, dass wir alle nur noch Leute haben wollen, die keine Erfahrung haben und keine ähnliche Berufserfahrung. Aber wir sind gut gehalten, der GEF, und damit aber auch der JGK, den Auftrag zurückzugeben und zu sagen, sie sollen gut überprüfen, ob man doch diese zu rigiden Bedingungen, die wir jetzt haben, aufweichen kann, im Sinn, dass man mit hoher Qualität zum Beispiel schwierige Familienverhältnisse gut begleiten können.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Für die Fraktion SP-JUSO-PSA, Grossrätin Margrit Junker.

Margrit Junker Burkhard, Lyss (SP). Die Fraktion SP-JUSO-PSA lehnt die Motion, oder jetzt auch das Postulat, in beiden Punkten ab. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, weshalb wo welche Fachlichkeit verlangt wird. Der Betreuungsschlüssel ist nicht übertrieben hoch, und es ist unumgänglich, dass die Arbeit mit Menschen professionell gestaltet wird. Ich denke, wenn Personen schon lange in einer Institution arbeiten und wirklich interessiert sind, dann sind sie auch bereit, die geforderte Ausbildung zu machen und ihre Arbeit noch fundierter zu erledigen. Nur weil ich ein paar Jahre die Lohnbuchhaltung für ungefähr 14 Angestellte gemacht habe, bin ich keine Fachfrau für Human Resources (HR). Ich habe mir ein Grundwissen erarbeitet. Aber in Detailfragen habe ich professionelle Hilfe gebraucht und habe mir diese auch geholt. Wenn ich das weiterhin hätte machen wollen, hätte ich die entsprechende Ausbildung absolvieren müssen. Und gerade die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist besonders sensibel. Der Betreuungsschlüssel ist zwar fundiert, aber definitiv übertrieben hoch festgelegt worden. Ich bitte Sie, die Motion wie auch das Postulat abzulehnen, und sollte das Postulat trotzdem eine Mehrheit finden, beantragen wir Abschreibung.

Monika Gygax-Böninger, Obersteckholz (BDP). Der Motionär greift ein Thema auf, das es wert ist, sich darüber Gedanken zu machen, darüber zu sprechen und nach Lösungen zu suchen. Es ist unbestritten, dass in sozialen Einrichtungen professionelle und qualitativ beste Arbeit, auch gerade von langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, geleistet wird, obwohl nicht von allen entsprechende Bildungsabschlüsse vorgewiesen werden können. Es ist ebenfalls so, dass es störend wirken kann, wenn die guten und geschätzten Arbeitsleistungen des Personals beim Einhalten der Stellenplanvorgaben gar nicht oder nicht entsprechend wertschätzend berücksichtigt werden können. Selbstverständlich will auch die BDP, dass Institutionen, die Menschen mit einem Handicap oder mit sonst einem besonderen Betreuungsbedarf betreuen, hohe Qualitätsstandards erfüllen müssen, gestützt auf eine Betriebsbewilligung, die eine qualitativ gute und entsprechend pädagogisch professionelle Unterstützung und beste Pflege garantieren und sicherstellen. Ist jetzt eine mehrjährige sozialpädagogische Ausbildung mit einer doppelt mehrjährigen Berufserfahrung vergleichbar? Beziehungsweise, ist das Wissen und Können ab dann miteinander vergleichbar? Sind geschultes Fachwissen und Kompetenzen mehr wert als langjährige Erfahrung? – Es gibt sicher nicht in jedem Fall ein deutliches Ja oder ein deutliches Nein.

Wir haben die Antwort der Regierung zur Kenntnis genommen. Die BDP findet es einen guten Ansatz, wenn in Form eines Postulats mögliche Lösungen eruiert und untersucht, und im Besonderen, wenn durch geeignete Massnahmen die Arbeitserfahrung von langjährigen Mitarbeitenden so vertieft und erweitert werden könnten, dass die Qualifikationen schlussendlich bei einer Betriebsbewilligung ins Gewicht fallen und in geeigneter Form berechnet und angerechnet werden können. Die BDP unterstützt deshalb ein Postulat grossmehrheitlich.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP). Ich denke, ich darf sagen, dass Grossrat Seiler für bodenständige, pragmatische Ansätze bekannt ist. Das ist sehr positiv gemeint, das ist ein Kompliment. Und das ist so etwas. Die FDP-Fraktion findet diesen Vorstoss sehr gut. Man muss dann einfach noch schauen – es ist ja jetzt ein Prüfungsauftrag –, dass die Institutionen dort natürlich generell auch nicht immer mehr Auflagen erhalten, sodass eine solche Lösung dann plötzlich nicht möglich wäre. Da muss man auch ein wenig gegensteuern. Eigentlich ist es ja auch so: Es zeigt sich dort auch ein wenig, dass nicht immer alles zu fest akademisiert sein muss, wenn man über Berufsgruppen spricht, dass man dann eben gewisse Personen und Gruppen pragmatisch, aber in einer guten Qualität, betreuen kann. Die meisten, oder alle, haben auch das Schreiben von AvenirSocial erhalten, dem Berufsverband für soziale Arbeit, der das natürlich anders sieht und ablehnt. Aber der Vorstoss weist in eine gute Richtung, in eine richtige Richtung, und die FDP-Fraktion unterstützt den Prüfauftrag, weil ja jetzt gewandelt ist, einstimmig.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Die EDU-Fraktion folgt den Ausführungen von Grossrat Seiler klar. Wir sind wirklich der Überzeugung, dass hier etwas aufgegriffen wird, das man unbedingt prüfen soll. Wir würden diese Forderung sogar als Motion unterstützen, natürlich auch als Postulat. Es ist sicher so, dass wir eine Tendenz haben, dass immer mehr verakademisiert wird. Und da kann es einfach sein, dass Leute, aus irgendwelchen Gründen, vielleicht eine solche Laufbahn nicht einschlagen oder eine bestimmte Ausbildung nicht machen, die aber absolut die Kompetenz und die Begabung dazu hätten. Ich denke zum Beispiel an eine Familienfrau, die sich vielleicht 15 oder 20 Jahre lang um die Erziehung von vier Kindern kümmert, die sehr wahrscheinlich enorme Sozialkompetenz hat, die absolut geeignet wäre, nachher einzusteigen über einen Zwischenweg in einem sozialpädagogischen Bereich. Es wäre eigentlich schön, wenn man gerade Leute, die diese Kompetenz zeigen, diese Fähigkeit zeigen, auch anerkennen könnte, in der Form, dass das nachher nach einer bestimmten Anzahl Jahren – ob das jetzt genau das Doppelte sein muss oder nicht, etwas weniger oder länger, darüber kann man ja sprechen –, in diesem Sinn so berücksichtigt, auch so wertgeschätzt und anerkannt wird. Das finden wir eine sehr gute Stossrichtung.

Wir befinden uns allgemein immer mehr in einem Umfeld, in dem es um Lifelong Learning geht. Die Zeiten sind vorbei, in denen man einmal eine Lehre begonnen hat und das den Rest des Lebens macht. Das ganze Bildungssystem ist viel offener, aber auch die Arbeitswelt, und das ist gut so. Das entspricht eigentlich auch der heutigen Zeit. Deshalb macht es Sinn, dass wir uns auch in diesem Bereich öffnen und schauen, wo man Menschen entgegenkommen kann, die eben als Quereinsteiger, einfach aufgrund einer klaren Fähigkeit und Kompetenz, eine Arbeit ausüben, für die sie jetzt vielleicht nicht die formell perfekte Ausbildung dafür hatten. Aber wie kann man diese Menschen gleichwohl am Ende auch finanziell wertschätzen, indem nachher die Arbeitserfahrung und ihre Fähigkeiten entsprechend anerkannt werden? – Deshalb, ich sage es noch einmal: Die EDU-Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). In erster Linie unterstützt oder ist die Fraktion EVP mit dem Satz des Regierungsrates einverstanden, der sagt: Arbeitserfahrung führt nicht automatisch zu einem breiteren und tieferen Wissen und zu besseren Fähigkeiten. Wissen und Kompetenz müssen aktiv erworben und erlernt werden. Wir denken aber auch, dass umgekehrt ein breites und tiefes Wissen nicht immer zu besseren Fähigkeiten führt. Und hier verstehen wir die Anliegen des Motionärs. Es kann ganz sicher sein, dass jemand mit einer langen Arbeitserfahrung, mit einer hohen Sozialkompetenz, mit viel Empathie, seine Arbeit in einer sozialen Institution sehr gut macht. Vielleicht eben sogar besser, als eine Person mit der entsprechenden Ausbildung, zum Beispiel gerade frisch ab Lehre. Diese Forderung hat aber unserer Ansicht nach auch Tücken. Mit der Umsetzung würden wir eine Professionalität untergraben und möglicherweise ein Problem legitimieren. Es kann nämlich schon vorkommen, dass günstige Betreuungspersonen angestellt werden, ohne die entsprechende Ausbildung. Und nach einer gewissen Anzahl Jahren erhalten sie eine Anerkennung, aber vielleicht dann nicht unbedingt eine Lohnerhöhung. Eine solche Tendenz dürfte es dann aus unserer Sicht auf keinen Fall geben. Wichtig ist auch das, was der Regierungsrat betont: Gerade im Kinder- und Jugendbereich gibt es eine interkantonale Verordnung oder Vereinbarung für soziale Einrichtungen, und dort müssen die Qualitätsstandards eingehalten werden. Wenn der Regierungsrat aber bereit ist, die Forderungen im Einzelnen zu prüfen, helfen ein paar von der Fraktion EVP mit, diese Forderungen als Postulat zu unterstützen.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne). Die Grünen stehen dem Verwässern von Berufen und Ausbildungen eher kritisch gegenüber. Wir finden, in sozialen Einrichtungen sollten Berufsleute arbeiten, analog dem System, das wir mit der Qualifikation der Lehrpersonen haben. Man sollte das so handhaben und die Qualifikationen auch so überprüfen. Es ist sicher sinnvoll – Barbara Mühlheim hat das vorhin schon ausgeführt –, dass verschiedene Berufsgruppen in sozialen Institutionen arbeiten. Aber Fachpersonen sind wichtig, und Fachwissen, geschätzte Anwesende, ist unabdingbar. Ein besonders wichtiger Punkt ist auch, dass die Löhne am Ende stimmen müssen. Das ist einfach auch eine Verwässerung, wenn eben nicht die Leute mit der entsprechenden Qualifikation angestellt sind. Und gerade in den sozialen Berufen ist ein Arbeiten extrem, extrem zehrend und anstrengend, und von daher müssen die Löhne auch stimmen. Grossmehrheitlich ist die Fraktion Grüne auch gegen ein Postulat.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Als letzter Fraktionssprecher, für die SVP, Grossrat Martin Schlup.

Martin Schlup, Schöpfen (SVP). Es ist eigentlich in allen Berufsgattungen so, dass Fachwissen gefragt ist, und es ist auch wichtig. Das wissen wir alle. Aber wir wissen auf der anderen Seite auch, dass es einfach Leute mit Gaben gibt. Die kommen nachher irgendwie per Zufall oder nicht in einen Job, machen diesen manchmal besser als der andere, der es jahrelang studiert oder gelernt hat, einfach, weil es ihm gegeben ist. Und von daher wäre es eigentlich falsch, wenn man dort gar keinen Spielraum lassen würde. Es wird ja auch mit dieser Motion, oder jetzt mit diesem Postulat, trotzdem so bleiben, dass der grösste Teil ganz sicher Fachleute sein werden. Das ist auch richtig so. Aber dass man dort einen Spielraum auf tut, eben mit Leuten, die dort besondere Gaben haben, die ein Flair für diese Arbeit haben, hier zum Beispiel in dieser Betreuung, ist richtig. Ein paar von uns würden sogar eine Motion unterstützen. Das Postulat unterstützen alle.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden; zuerst Grossrätin Christine Blum.

Christine Blum, Melchnau (SP). Wenn man einen Bauernhof führen will, muss man einen Abschluss haben. Der Staat gibt Geld aus für die Führung von Institutionen, in denen nachher Leute arbeiten sollen, die ein paar Jahre Erfahrung haben und dann als Berufsleute gelten sollen. Für mich stimmt dieser Vergleich einfach nicht. Sie müssen wissen: Schon jetzt fordern die Normen der interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) zwei Drittel ausgebildetes Personal, und nicht 100 Prozent. Also, schon jetzt hat man die Möglichkeit, einen relativ hohen Anteil an un- ausgebildetem Personal zu führen. Und wenn wir quasi wie einen Generalpass geben, im Sinne von «Es spielt keine Rolle», dann stimmt doch da etwas nicht. Es hat jetzt noch niemand gesagt, dass es nicht nur Sozialpädagoginnen und -pädagogen in diesen Institutionen gibt, sondern es gibt auch Fachfrauen und Fachmänner Betreuung. Und dieser Beruf, das ist eine dreijährige Berufsausbildung, die man ab 21 in zwei Jahren berufsbegleitend erwerben kann, mit ganz vielen Modulumöglichkeiten, oder man kann diesen Beruf sogar erwerben, ohne je in die Gewerbeschule gegangen zu sein, nämlich einfach, indem man die Abschlussprüfung für das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis (EFZ) macht. Alle diese Möglichkeiten gibt es. Ich finde, da ist viel Spielraum vorhanden, sodass wir auch ein wenig einen Pflock einschlagen müssen. Wir wollen gute Institutionen. Wir wollen nicht, dass sich Fälle häufen, bei denen nachher der Kanton einschreiten und eine Institution schliessen muss, weil gewisse, ganz grundlegende fachliche Handlungen nicht ausgeführt wurden, weil diese Institution fachlich nicht fähig war. Deshalb bitte ich Sie doch, dieses Postulat nicht ganz so locker anzunehmen.

Martin Schlup, Schöpfen (SVP). Ich habe nur eine kurze Korrektur. Sie haben den Vergleich mit dem Bauern oder mit dem Landwirtschaftsbetrieb gebracht. Das stimmt. Der muss die Ausbildung haben. Aber das ist der Betriebsleiter, also einer pro Betrieb. Wenn er seine Angestellten hat, muss er selber wissen, ob seine Angestellten jetzt diese Bildung haben oder nicht, ob er das braucht oder nicht. Man qualifiziert schliesslich manchmal nach Bildung, da haben Sie recht, nach Wissensstand oder auch nach Erfahrung. Aber dieser Vergleich, das wollte ich nur sagen, dieser hinkt.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Ich gebe das Wort Herrn Regierungsrat Pierre Alain Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale. En vertu de la loi sur l'aide sociale (LASoc) et de l'ordonnance sur les foyers et les ménages privés prenant en charge des personnes tributaires de soins (ordonnance sur les foyers, OFoy), la SAP est responsable de l'autorisation et de la surveillance des institutions qui accueillent des personnes ayant des besoins particuliers en raison d'un handicap ou d'un autre motif. Afin de garantir la qualité des soins et de l'offre, les institutions doivent respecter des exigences relatives à l'octroi de l'autorisation d'exploiter. Dans ce contexte, disposer de personnel bien formé constitue un aspect important. Il est indéniable que les personnes sans diplôme socio-pédagogique employées par les institutions sociales réalisent un travail de haute qualité, avec professionnalisme. Et oui, les diplômes et papiers ne font pas tout. Si l'expérience professionnelle augmente avec le temps, elle n'est toutefois pas toujours synonyme de connaissances et de compétences plus approfondies qu'il convient de se procurer et de développer activement. Comme je l'ai dit précédemment, un diplôme n'est également pas toujours synonyme de compétence, mais une formation permet de mettre la pratique en perspective. Par ailleurs, la motion porte sur plusieurs domaines de prise en charge. Les exigences étant différentes pour chacun d'entre eux, le gouvernement voit d'un œil critique une application des

présentes revendications qui n'en tiendraient pas compte. Il faut également mentionner que les structures résidentielles pour les enfants et adolescents doivent respecter les directives de la Convention intercantonale relative aux institutions sociales. Le gouvernement, au vu de ce qui précède, est prêt à examiner les demandes formulées dans la présente intervention, et vous propose donc de l'accepter sous la forme d'un postulat.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Zum Schluss noch einmal der Motionär, Grossrat Michel Seiler.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Ich danke der Regierung und der Mehrheit hier im Grossen Rat für ein Ja zu diesem Postulat. Soziale und Erziehungsarbeit muss – und jetzt sage ich ein grosses Wort – zur freien Kunstaufgabe werden, wenn wir unsere Gesellschaft nachhaltig und weniger chaotisch gestalten wollen. Dogmen sind Gift für die Mündigkeit. Wir sind hier drin von Jahr zu Jahr mehr eine Staatsstrukturschmiede. Für die pädagogische Arbeit braucht es aber Freiraum. Wenn dieser Freiraum durch Strukturen immer kleiner wird, werden sich die Struktursprenger überall rasant vermehren. Dogmatiker sind hier wie Öl ins Feuer. «Stehen wir doch für unsere Werte ein», sagte hier im Saal gerade kürzlich jemand. Welche Werte? Die der Kinder oder der der Pfründe einer Berufsgruppe? – Dieser Vorstoss will die Struktur verkleinern und mehr Freiraum für gesunden Menschenverstand. Machen wir diesen Schritt, jetzt noch freiwillig, und haben wir doch nicht mehr Vertrauen zu Papier als zu Menschen!

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zur Beschlussfassung. Wir befinden über ein Postulat. Es hat, so wie ich das gesehen und gehört habe, niemand punktweise Abstimmung verlangt. Dann stimmen wir über das Postulat als Ganzes ab und danach gesondert über die Abschreibung. Wer diese Motion als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.78; als Postulat)

Vote (2019.RRGR.78 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 95

Nein / Non 38

Enthalten / Abstentions 3

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben dieses Postulat angenommen, mit 95 Ja- gegen 38 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir befinden über die Abschreibung. Wer dieses Postulat abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein. (*Grossrat Sommer fragt den Vorsitzenden, ob jemand Abschreibung verlangt hat. / M. le député Sommer demande au président si le classement a été demandé.*) – Ja, die SP hat Abschreibung verlangt.

Abstimmung (2019.RRGR.78; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.78 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 41

Nein / Non 95

Enthalten / Abstentions 1

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie schreiben dieses Postulat nicht ab, mit 95 Nein- gegen 41 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.